

Die Jahrgangspreise sind: ...

Die Jahrgangspreise sind: ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Marksturz / Notenvermehrung / Teuerung

Belebung der Spekulation

Die Besserung im Markkurs hat, wie zu erwarten war, nur kurze Zeit angehalten. Nachdem bereits an den letzten Tagen der Vormoche die Mark wieder erheblich zurückgegangen war, fiel sie gestern erneut. Der Dollarkurs, der am Sonnabend amtlich mit 217 notiert wurde, stieg gestern wieder auf 235. Infolgedessen trat auch erhebliche Kurserhöhungen bei den Industriepapieren in Erscheinung.

Der Zusammenhang des Sturzes der Mark mit dem steigenden Notenumlauf ist diesmal besonders auffällig. Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis der Reichsbank vom 30. November ist die Steigerung des Notenumlaufs in der letzten Novemberwoche größer gewesen, als jemals in einer Woche vorher.

Dah diese unheimliche Anschwellung der Papiergeldflut erfolgt ist, ist die unverantwortliche Schuld der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien. Die eine hat durch ihr Schweigen und durch ihr Gehelassen der Dinge, die anderen haben durch ihre offene Ablehnung der Forderung unserer Partei, die restriktiven Besitztseuern schleunigst einzuziehen verhindert, daß der Vermehrung der Notensumme Einhalt geboten wurde.

Die Teuerung verschärft sich

Die Aufstellungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Entwicklung der Großhandelspreise zeigen eine weitere scharfe Zuspitzung. Insbesondere sind Lebens- und Genussmittel davon erfasst. Seit man die hierfür Anfang des Vorjahres geltenden Preise gleich 100, so ergaben die Anfang Dezember 1921 geltenden Preise eine Punktzahl von 378, das heißt mit anderen Worten, daß die heutigen Preise für Lebensmittel, verglichen mit Januar 1920, um fast das vierfache gestiegen sind.

Worten, daß die heutigen Preise für Lebensmittel, verglichen mit Januar 1920, um fast das vierfache gestiegen sind. Zieht man aber zur Ermessung der Teuerung die Friedenspreise heran, so haben wir eine mehr als dreißunddreißigfache Teuerung zu verzeichnen. Etwa dasselbe Verhältnis ergibt sich, wenn man auch die Teuerung in den anderen Warengruppen mit in Berücksichtigung zieht.

Vergleicht man damit die Gewinnabschlüsse in der Textilindustrie, so findet man freilich eine Erklärung für diese Preisentwicklung. Die Textilindustrie steht nämlich, was die Forcierung der Preise, die schnelle Ausnutzung und Ausbeutung der Massen anlangt, an allererster Stelle.

Das Existenzminimum

Nach den Berechnungen Dr. R. Kuczynskis ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum für November 1921 in Groß-Berlin für einen Mann, bzw. für ein kinderloses Ehepaar, bzw. für ein Ehepaar mit 2 Kindern folgendes:

Ernährung	91	158	222
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	31	31	31
Bekleidung	55	92	128
Sonstiges	57	87	118
November 1921	244	378	509
Oktober 1921	187	286	386
September 1921	171	260	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	156	237	324
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im November 1921 für einen alleinlebenden Mann 41 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 82 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 85 Mk. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 12 700 Mk., für das kinderlose Ehepaar 19 700 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 26 500 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum November 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mk. auf 244 Mk., d. h. auf das 14,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 378 Mk., d. h. auf das 17,0fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 509 Mk., d. h. auf das 17,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 6 Pf. wert.

Der drohende Termin

Der Nachrichten über Moratorium und Anleihe sind nach wie vor viele, doch ein klares Bild über den Stand der Dinge läßt sich noch immer nicht gewinnen. Es kommen Stimmen aus London und es kommen Stimmen aus Paris, aber die einen widersprechen den anderen. Wir wissen nicht, was England will und was Frankreich nicht will. Wir wissen auch nicht, welche Wege die deutsche Regierung beschritten hat oder zu beschreiten denkt.

Als feststehend sind eigentlich nur zwei Tatsachen anzusehen: das Mahnschreiben der Reparationskommission ist am Sonntag offiziell in Berlin überreicht worden, und die deutsche Regierung hat bisher noch nicht um ein Moratorium angefragt. Daß das Schreiben der Kommission abgegangen sei, wurde bereits vor einigen Tagen gemeldet, und daß man um den Zahlungsaufschub nicht bitten werde, behauptet Herr Rathenau aus England zurückgekehrt sei, ließ sich annehmen. Die beiden feststehenden Tatsachen geben uns also auch keine neuen Aufschlüsse über die Situation.

Klarer werden wir erst sehen, wenn die Ergebnisse der Rathenau'schen Reise vorliegen. Die Berichte über die Aufnahme, die keine Vorschläge gefunden haben, klingen im Gegensatz zu den reichlich optimistischen Darstellungen der ersten Tage neuerdings merkwürdig gedämpft, und der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, eine in der Regel sehr gut unterrichtete Persönlichkeit, spricht sogar unumwunden von dem Scheitern des Unternehmens. Was Rathenau im einzelnen gewollt hat, ist uns natürlich unbekannt, aber es bedarf keines besonderen Scharfsinnes, um zu der Vermutung zu kommen, daß er nach den Möglichkeiten zur Unterbringung einer Anleihe geforscht hat, sei es nun einer direkten Staatsanleihe oder eines Kredits auf dem Umweg über die deutsche Industrie.

Ein Londoner Sonntagsblatt und der bekannte Keynes sehen sich für eine Herabsetzung der Geldforderungen ganz allgemein ein und Keynes verlangt insbesondere eine Verminderung der am 15. Januar fälligen Zahlung von 500 auf 250 Goldmillionen. Die Reduzierung mag einmal kommen, aber daß sie in den nächsten Wochen Wirklichkeit wird, ist ausgeschlossen.

Was also soll werden? Moratorium — gut, Deutschland kann jetzt das Ersuchen um den Zahlungsaufschub der Reparationskommission unterbreiten. Aber niemand wird annehmen, daß wir ihn bedingungslos erhalten. In Frankreich wird immer nachdrücklicher von den „Garantien“ gesprochen, die Deutschland zu geben habe, und wenn es sich dabei wirklich nicht um territoriale Faustpfänder handeln sollte, so bleibt immer das Begehren nach der Herstellung des Gleichgewichts in unserem inneren Staatshaushalt. Ist Deutschland nicht in der Lage, ihm aus eigenem zu entsprechen, so wird es sicher kein Moratorium ohne gleichzeitige Finanzkontrolle erhalten, womit freilich noch nicht gesagt ist, daß es dieser Oberaufsicht entgeht, wenn der Reichstag tatsächlich bis zu dem kritischen Zeitpunkt die Steuern angenommen hat, deren Ertrag nach den nicht sehr glaubwürdigen Zusicherungen des Herrn Herms das innere Defizit für das Finanzjahr 1922 aus der Welt schaffen soll.

Der Kanzler hat am Sonntag mit Nachdruck um die baldigste Verabschiedung der Steuergesetzentwürfe ersucht. Das ist zu begreifen, aber mit Verlaub: es kommt am Ende doch nicht nur auf die Richtigkeit, sondern auch auf die Nichtigkeit an. Steuergesetze, deren Durchführung 40—50 Milliarden verspricht, lassen sich bis zum Januar schon zusammenschüttern, aber es ist doch nicht ganz gleichgültig, wer die Lasten tragen soll, und wenn Wirth ein deutlich sichtbares Opfer des Beschlusses verlangt, so muß ihm schon geantwortet werden, daß die jetzt zur Beratung stehenden Entwürfe nur in sehr bescheidenem Maße an die Opferwilligkeit des Besitzes appellieren, und daß der Besitz, wie sich aus den Verhandlungen des Steuerausschusses klar ergibt, nicht einmal geneigt ist, diesem bescheidenen Appell Folge zu leisten.

Noch ein Satz aus der Wirth'schen Rede verdient Beachtung. Er lautet: „Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Ab-

Deutschlands Zahlungen

Briand will in der Kammer reden

Paris, 5. Dezember.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird Ministerpräsident Briand in der morgigen Sitzung des Senats auf sofortige Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung bestehen. Der Ministerpräsident habe die Absicht, sich in klarer Weise nicht nur über die Orientfragen, sondern auch über die Fragen auszusprechen, die die zukünftigen Zahlungen Deutschlands betreffen. Die Interpellation, die über die auswärtige Politik in der Kammer eingebracht ist, wird voraussichtlich erst nach Erledigung der Budgetdebatte zur Verhandlung gelangen, wenn man nicht vorziehen sollte, sie bei der Besprechung des Budgets des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten zu beraten.

Der „Intransigent“ bestätigt die Nachricht der Morgenblätter, daß der französische Botschafter in Berlin, Laurent, heute abend in Paris erwartet wird. Wahrscheinlich werde die Anwesenheit in Paris dazu benutzt werden, um sich mit ihm über die schwebenden Reparationsfragen und die letzten Zahlungen Deutschlands zu besprechen.

Die Angst vor der Wahrheit

Drahmeidung unseres Korrespondenten.

München, 5. Dezember.

Vor kurzem wurde offiziös gemeldet, daß der bayerische Ministerpräsident und Justizminister Graf Lerchenfeld die bayerischen Ersatzanklagen, darunter die Festung Niederschönenfeld, besuchen werde. Nun schreibt die „Münchener Zeitung“, daß der Berliner Ministerpräsident in Lerchenfeld den Entschluß habe fassen lassen, vorerst Niederschönenfeld nicht zu besuchen, und zwar deshalb nicht, damit nicht der Eindruck erweckt werden könnte, der Besuch erfolge unter dem Berliner Druck. Die Darlegungen des Regierungsvertreters im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags betrachten den „Lügenblat“, der gegen die bayerische Regierung wegen Niederschönenfeld geführt worden sei, so enthält und brandmarkt, daß sich ein Besuch des Ministerpräsidenten in Niederschönenfeld erübrige. Diese Darlegung muß, da sie in der „Münchener Zeitung“ steht, als Meinung der Regierung gelten. Wir haben allerdings die Auffassung, daß die plumpen Verleumdungen des Regierungsvertreters das Richtige gegen die bayerische Regierung nur noch verstärken. Wenn jetzt Lerchenfeld nicht die Festung Niederschönenfeld besucht, dann muß es allerdings offenbar werden: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark!“

Stadtverordnetenwahlen in Anhalt

Die Stadtverordneten- und Kreistagswahlen im Freistaat Anhalt hatten folgendes Ergebnis: Stadt Dessau: Sozialdemokraten 13, Volkspartei 6, Hausbesitzer 4, Unabhängige 2, Kommunisten 2, Demokraten 5, Deutschnationale 4 Sitze. Zusammen 19 bürgerliche und 17 sozialistische, bisher 18 bürgerliche und 18 sozialistische Sitze. Kreis Dessau: Sozialdemokraten 8, Landbund 2, Volkspartei 3, Unabhängige 1, Demokraten 3, Kommunisten 1, Deutschnationale 2 Sitze. Stadt Bernburg: Sozialdemokraten 11, Kommunisten 4, Vereinigte bürgerliche Liste 14, Deutschnationale 1 Sitze. Kreis Bernburg: Sozialdemokraten 8, Kommunisten 3, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitergemeinschaft 8 Sitze. Stadt Köthen: Sozialdemokraten 11, Bürgerliche Vereinigung 10, Hochschulkolleg 3 Sitze. Kreis Köthen: Sozialdemokraten 9, Bürgerliche Parteien 7 Sitze. Stadt Zerbst: Sozialdemokraten 9, Unabhängige 1, Bürgerliche Arbeitergemeinschaft 12, Kommunisten 2 Sitze. Kreis Zerbst: Sozialdemokraten 6, Bürgerliche Parteien 9, Unabhängige 1 Sitze. Stadt Ballenstedt: Sozialdemokraten 6, Wirtschaftsvereinigung 12 Sitze. Kreis Ballenstedt: Sozialdemokraten 5, Kreis-Arbeitergemeinschaft 6, Unabhängige 1 Sitze. Stadt Köhlitz: Sozialdemokraten 11, Unabhängige 3, Bürgerklub 6 Sitze.

Im Freistaat Anhalt sind nach der Spaltung die Organisationen der U. S. P. D. restlos zur B. K. P. D. übergetreten. Für die Kommunisten hat die Spaltung jedoch keinen Erfolg gebracht, vielmehr wurde durch sie, wie der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen zeigt, der linke Flügel der Arbeiterbewegung zur Ohnmacht verdammt.

Für die Hungernden in Rußland

Internationale Konferenz der Hilfskomitees

Vor einigen Wochen hat das „Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe in Rußland“ zu einer Konferenz aller Hilfskomitees, die in Berlin am 4. Dezember stattfinden sollte, eingeladen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam), der die Sammlungen der Gewerkschaften und der großen proletarischen Parteien Europas zusammengefaßt und organisiert hat, erklärte jedoch, an einer solchen Konferenz nur teilnehmen zu können, wenn sie nicht von dem „Auslandskomitee Arbeiterhilfe“, das durch dessen Sekretär Will Rängenberg zu einer rein holländischen Parteipropagandastelle geworden ist, einberufen werde, sondern wenn die Initiative von der offiziellen russischen Vertretung ausgehe.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (I. A. S. P.), die ihre Sammlungen mit denen des Internationalen Gewerkschaftsbundes vereinigt hat, hat sich diesem durchaus gerechtfertigten Begehren vollständig angeschlossen. Ihm wurde auch zur Gänze entsprochen, indem die „Kommission für Hungerhilfe bei der allrussischen Sowjetregierung“ durch die answärtige Vertretung Berlin eine neuerliche Einladung richtete, in der sie mitteilte, daß nunmehr die Einladung und Leitung der Konferenz ihr obliege. Damit waren die Hindernisse weggefallen, und es konnte sowohl der Internationale Gewerkschaftsbund als auch die I. A. S. P. an der Konferenz vertreten sein.

Der Gewerkschaftsbund vertrat, da Timmen (Amsterdam) im letzten Moment verhindert war, nach Berlin zu kommen, Grafmann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Für die I. A. S. P. war Genosse Friedrich Adler (Wien) anwesend. Außerdem beteiligten sich eine Reihe kommunistischer und bürgerlicher Hilfskomitees und sympathisierender Vereine. Die Sitzung tagte Sonntag den ganzen Tag über im Bürgeraal des Berliner Rathauses unter dem Vorsitz des russischen Vertreters Krestinski, dem Grafmann und Klara Zetkin sowie ein Engländer und eine Vertreterin der Pariser „Clair“ zur Seite standen.

Den einleitenden Bericht über die Hungersnot in Rußland und ihre Bekämpfung erstattete Sigdor Kopp, der etwa folgendes ausführte: Als der Aufruf Gorliss über die Not im Wolgagebiet in die Welt ging, konnte man sich noch kein klares Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in den Hungergebieten machen. Es sieht heute fest, daß 20 Millionen Menschen hungern und davon 10 Millionen dem Verhungern nahe sind. Die Zahl der hungernden Kinder ist auf 5 Millionen zu veranschlagen. Die russische Sowjetregierung mußte alles unternehmen, um die fliehende Bevölkerung zurückzuhalten, damit die Winterzeit ermöglicht wurde. Trotz einer Mittelernie in Rußland wurden 12 Millionen Pud Saatgetreide für die bedrohten Gebiete zusammengebracht. Der Gesamtbedarf an Getreide für die Hungergebiete beträgt 300 Millionen Pud, davon 170 Millionen für die menschliche Ernährung. 46 Millionen Pud sind bisher nur geliefert. Die Antwort auf den Aufruf zur Unterstützung des hungernden Rußlands ist trotzlos genug. Ohne ausreichende Hilfe werden einige Millionen Menschen zugrunde gehen. Der Redner verlangte zum Schluß Hilfe in Form der Lieferung von Inzentar, Saatgetreide und Motorspähnen.

Der Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, Grafmann, führte aus, daß der Wiederaufbau Rußlands Sache der gesamten Kulturwelt sei. Obwohl die bedrücktesten Länder dadurch, daß sie unter den Kriegesfolgen selbst am meisten leiden, nicht ihren Opfern in aller Weise betätigen können, hat der Internationale Gewerkschaftsbund in kurzer Zeit an die hundert Millionen Mark zusammengebracht. Für die aufgegebenen Gelder sind hochwertige Medikamente bereits abtransportiert oder kommen in der nächsten Woche zum Abtransport. Darüber hinaus wird der I. G. B. ein Kinderheim in Pleskau einrichten, in dem zunächst 1000 Kinder sechs bis neun Monate lang verpflegt werden sollen. Der Expeditionsschatz dieser Expedition sei bereits in Moskau. Obwohl der Gewerkschaftsbund mit dem bisher Geleisteten selbst unzufrieden sei, seien die Leistungen doch respektabel, wenn man die unzahligen Hemmnisse berücksichtigt. Der Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft an seiner Arbeit zur Unterstützung des hungernden Rußlands nicht erschaffen.

Frau Adele Schreiber-Krieg von der Internationalen Vereinigung der Kinderhilfe teilte unter anderem mit, daß die englische Sektion der Kinderhilfe während des Winters die Speisung von täglich 250.000 Kindern beabsichtige. Auch die anderen Sektionen dieser Organisation beteiligten sich, soweit wie nur irgendmöglich, an dem Hilfswerk. Ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes gab bekannt, daß die Expedition des Deutschen Roten Kreuzes eine rein sanitäre sei. Nach Mitteilung des bereits in Kasan befindlichen Pflegerpersonals seien die Zustände in den Hungergebieten unbeschreiblich furchtbar.

Aus den übrigen Berichten ist nichts Wesentliches beizufügen, da sie zu einem beträchtlichen Teil bloß aus Sympathietumbegungen bestanden. Bei dem Punkte „Fortsetzung und Ausbau der Hungerhilfsaktion“ wurden eine Reihe von Anregungen gebracht, wie die Veranstaltung einer internationalen Lotterie für die Hungernden in Rußland, eine gemeinsame Aktion, um von den Regierungen Kredite zu erlangen usw. Alle diese Anregungen wurden dem Präsidium überwiesen, damit es aus denselben die praktisch möglichen Vorschläge formuliere.

Wenn auch in den Berichten nichts Wesentliches mitgeteilt worden ist, was nicht schon durch die Presse bekannt geworden war, so zeigte die Konferenz doch eindrucksvoll, wie warm das Mitgefühl mit den Hungernden in Rußland, insbesondere in der Arbeiterklasse Europas, ist und wie ernst der Wille aller Teilnehmer an der Konferenz ist, alles nur Mögliche zur Vinderung der entsetzlichen Not zu tun.

Die Beamtenbewegung

Abstimmung über einen Streik

Über die neuen Beamtenforderungen der Spitzenverbände haben wir berichtet. Die Beratungen mit der Regierung stehen nahe bevor, und es ist auch höchste Zeit, daß der mit der jüngsten Regelung begangene schwere Fehler wettgemacht wird. Es zeigt sich immer wieder, daß die Erregung unter den Beamten über die eben abgeschlossene Regelung sehr stark ist. Selbst das Vertrauen zu den Organisationen ist dadurch erschüttert worden. Das Provinzialparlament Berlin des Deutschen Beamtenbundes hatte für Freitag die Berliner Beamtenvereinigung zu einer Aussprache über die neue Besoldungsregelung eingeladen. Ueber diese Aussprache wird nun folgendes berichtet:

Der Vertreter des Provinzialparlaments legte in seinem Referat dar, daß unter der undurchsichtigen innerpolitischen Lage ein anderes Resultat nicht zu erzielen war. Auch die übrigen mitwirkenden Spitzenorganisationen hätten diese Ansicht geteilt. Es seien aber sofort Schritte unternommen worden, um zu veranlassen, daß die

Kommunisten als Polizeispitzel

Enthüllungen im Württembergischen Landtag — Führer als Verräter

Der württembergische Landtag hat sich in der vorigen Woche mit der Verstaatlichung der Polizei befaßt. Der rechtssozialistische Abgeordnete Steinmayer machte dabei wertvolle Ausführungen über den Spitzelbetrieb innerhalb der kommunistischen Partei. Seine Ausführungen dürften der deutschen Arbeiterschaft nicht vorenthalten werden, weil sie dazu angetan sind, manches Dunkel in der kommunistischen Partei aufzuhellen. Steinmayer wies an der Hand von Dokumenten nach, daß die württembergische Polizei über alle Vorgänge in der kommunistischen Partei eingehend unterrichtet wird, und daß sie besonders auch über die Tätigkeit der sogenannten illegalen Organisationen der K. P. D. laufende Berichte erhält. Die Spitzel sitzen in den höchsten Körperstellen der Partei. Steinmayer führte nach einem Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ etwa folgendes aus:

Die Kommunisten behaupten immer, sie würden von anderen Parteien heimgesucht. Tatsache ist aber, daß in ihren eigenen Reihen bis hinauf zur Zentralkommission Mitglieder sitzen, die gegen Bezahlung dauernd die intimsten Vorgänge an die Polizei verraten. Sämtliche Rundschreiben und sämtliche von der Stuttgarter Zentrale der K. P. D. herausgegebenen Schriftstücke von Bedeutung, vor allem alles wertvolle und vertrauliche Material wird der Polizei in die Hände gespielt. Der Ehrenmann, der seiner Partei diese Dienste leistet, erhält dafür monatlich 1500—2000 Mark. (Zurufe der Kommunisten: wer ist das?)

Steinmayer fortsetzend: Ich empfehle Ihnen, sich einmal bei Ihrem Bezirksvorsitzenden in Ravensburg zu erkundigen. Er wird Ihnen Auskunft geben können. Ein anderer kommunistischer Ehrenmann wohnt in Ulm. Dieser Herr hat in der Revolutionszeit ein sehr hohes kommunistisches Ehrenamt in einem Nachbarstaat bekleidet. Von ihm sind allein über 200 Berichte über kommunistische Führer und die illegale Organisation der Kommunisten in Württemberg und Bayern an die Polizei geliefert worden. Dieser Herr steht in intimsten Beziehungen zu dem kommunistischen Führer Werner in Ulm, Albert Schreiner in Stuttgart, R. Müller und Fischer in Ravensburg und außerdem mit bayerischen Kommunisten. Nähere Auskunft darüber wird Herr Dr. Franz Pipp in Ulm, ehemaliger Räteminister, erteilen können. Aus dem Geheimmaterial folgende kleine Wiedergaben:

Befolgsungsordnung zugunsten der unteren Besoldungsgruppen einer Revision unterzogen und das Gehalt dieser Beamten bedeutend heraufgesetzt wurde. Bisher wurde verlangt, daß jedem Beamten, dessen Erhöhung vierteljährlich nicht mindestens 2000 Mark betrage, die Differenz sofort nachgezahlt werde.

In der Aussprache forderten fast alle Redner, eine Umwidmung über die Annahme oder Ablehnung des Regierungsangebotes in den Gewerkschaften vornehmen zu lassen. Allgemein wurde dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn auch die Führer das Vertrauen der Beamten verloren hätten, an dem Weiterbestehen des Deutschen Beamtenbundes nicht gezweifelt werden dürfe, da er allein die gegebene Vertretung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, des Staates und der Gemeinden sei.

In den zur Annahme gelangten Entschlüssen wird u. a. eine sofortige Revision der Grundgehälter nach sozialen Gesichtspunkten mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 und die unverzügliche Auszahlung der sich heraus ergebenden Beträge gefordert, so daß unter allen Umständen noch vor Weihnachten eine größere Summe in die Hände der Beamten gelangt. Sollten die Regierungsstellen bei kurzfristigen Verhandlungen keine grundlegende Erklärung abgeben, so heißt es nach einer Entschließung, sofort vom Deutschen Beamtenbund planmäßige Vorbereitungen zur Umwidmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen.

Wir brauchen die Organisationsleitungen nicht darüber aufzuklären, was eine solche Entschlüsselung und was dieses unumwunden ausgesprochenes Mißtrauen gegen die Führer bedeuten. Aber wir hoffen, daß sich auch die Regierung darüber klar ist, was ein weiteres Sinken des Vertrauens der Beamten zu den Organisationen, mit denen die Regierung verhandeln muß, auch für sie bedeutet. Erfreulich ist es, daß die Berliner Beamtenchaft an ihrem Streikrecht festhält.

Ein verschärftes Streikreglement

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht ein Rundschreiben an die gewerkschaftlichen Ortsverbände, über dessen Herkunft sie sich leider nur sehr unklar ausdrückt. Sie schreibt, das Rundschreiben werde „von den Gewerkschaftsvorständen“ an die gewerkschaftlichen Ortsverbände gesandt, teilt aber nicht mit, von wem es der circa 50 Gewerkschaftsvorstände das Rundschreiben aushebt, oder ob es von allen Gewerkschaftsvorständen zugleich zur Verfügung kommt. Sie macht zugleich dem A. D. G. B. die heftigsten Vorwürfe wegen des Rundschreibens, so daß auch die Vermutung aufsteigt, daß die Urheberchaft dem Vorstand des A. D. G. B. zur Last gelegt werden kann.

Dennoch lohnt es, auf das Rundschreiben einzugehen. Es trägt den Titel „Vereinbarungen der deutschen Gewerkschaften über gemeinsames Vorgehen bei wilden Streiks“, eine Ueberschrift, die ebenfalls auf den Vorstand des A. D. G. B. als Quelle schließen läßt. Im allgemeinen enthält das Rundschreiben Anweisungen über die Taktik bei Streikbewegungen, die sich in ihren Grundzügen nahezu decken mit den Streikreglements, die jedem Gewerkschaftsstatut beigelegt sind. Es heißt da, daß die Arbeitsniederlegung nur als letztes und äußerstes gewerkschaftliches Kampfmittel anzuwenden ist; es wird aufgeführt, welche Gesichtspunkte bei der Entscheidung über einen Streik zu beachten sind; es wird betont, daß vor der Arbeitsniederlegung unter allen Umständen eine geheime Abstimmung stattfinden muß und daß der Streik nur als beschloffen gilt, wenn sich mindestens dreiviertel der Abstimmenden dafür erklären. Alle Streiks, die nicht nach diesen Richtlinien eingeleitet oder „gar plötzlich vom Jaune gebrochen werden, haben als wilde Streiks zu gelten, die von keiner Gewerkschaft unterstützt werden dürfen“.

Sehr beachtenswert erscheint allerdings auch aus der darauffolgende Punkt 6 der Richtlinien, der sich mit der Bekämpfung wilder Streiks näher beschäftigt. Er lautet:

- a) Bei Ausbruch wilder Streiks treten die in Betracht kommenden Orts- bzw. Bezirksverwaltungen aller Organisationsrichtungen zu gemeinsamer Beratung zusammen und vereinbaren
- a) daß der wilde Streik von keiner der Gewerkschaften finanziert wird, auch nicht durch Sammlungen oder aus den Lokalkassen,
- b) wie am besten und für die Arbeitnehmer am vorteilhaftesten der Streik zu einem Arten und schnellen Ende gebracht wird; rein agitatorische Gesichtspunkte müssen hierbei unbedingt zurückgestellt werden;
- c) für die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmer besteht im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung, getreu der Organisationsparole die Arbeit nicht niederzuliegen bzw. dieselbe sofort wieder auf-

zunehmen. Hat die Arbeitsniederlegung gegen den Willen der Organisation bereits stattgefunden, so haben die örtliche bzw. bezirksliche Führer in den Betrieben oder Mitgliederversammlungen die Verpflichtung, die Gewerkschaftsmitglieder in klarer Weise darauf hinzuweisen, daß sie die Arbeit aufzunehmen haben, da ihnen die Streiks- bzw. Mahnungsunterstützung nicht gewährt werden darf.

Die „Rote Fahne“ zieht einen Vergleich zwischen diesen Vereinbarungen und der Schlichtungsordnung und kommt zu dem Ergebnis, daß durch diese Vereinbarungen das gleiche erreicht werden soll, was die Regierung mit dem Entwurf zur Schlichtungsordnung bezweckt. Diese Gleichsetzung ist natürlich völlig unrichtig. Die Arbeitnehmer-Vertreter im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats haben die Schlichtungsordnung abgelehnt mit der Begründung, daß sie eine Erdrassellung der gewerkschaftlichen Bewegungszweige zur Folge haben würde. Gegen eine solche Maßnahme der Staatsgewalt mußte sich die Gewerkschaftsbewegung selbstverständlich zur Wehr setzen. Aber es ist etwas völlig anderes, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich aus freiem Willen ein eigenes Gesetz schreibt, durch welches sie sich gegen den Schaden bewahren will, den die sogenannten wilden Streiks der Gewerkschaftsbewegung selbst zufügen können.

Und nur das kann natürlich der Sinn eines solchen verschärften Streikreglements sein. Es kann gar kein Streit darüber bestehen, daß die Gewerkschaften das Recht zu derartigen Maßnahmen des Selbstschutzes haben. Die Frage ist nur, ob der von uns oben angeführte Absatz 6 der Vereinbarungen nicht doch über das Ziel hinausgeht. Ferner erscheint es uns ungewöhnlich, derartige Anweisungen als „Geheimzirkulare“ zu erteilen, falls die „Rote Fahne“, die das Zirkular so bezeichnet, es damit richtig charakterisiert. Wenn die Gewerkschaftsvorstände die Absicht haben, derartige Maßnahmen durchzuführen, dann sollten sie auch den Rat nicht fehlen lassen, sie ganz offen von den dazu bestimmten Körperschaften beschließen zu lassen und sie ihren Mitgliedern bekannt zu geben. Eine Aufklärung der ganzen Sache von authentischer Seite erscheint uns sehr erwünscht.

Die polnische Staatsschuld wird auf anderthalb Milliarden Schweizerfranken, die innere Schuld auf 38 Milliarden Polenmark berechnet.

Ausschneiden!

Die polnische Staatsschuld wird auf anderthalb Milliarden Schweizerfranken, die innere Schuld auf 38 Milliarden Polenmark berechnet.

Druckfache
in die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G 2
Breite Straße 8-9

Thalia-Theater
7 1/2
Schäm' Dich - Lotte!
Stürmischer Erfolg!
Premierenbesetzung
Ausschneiden!
Nur für die Abonnenten — Gültig für 1-6 Personen vom 1.-15. Dezember (außer Sonntags)
Letzter Monat!
Orchest.-Festzelt statt 60) 35 M. Parkett statt (25) 16 M.
I. Park.-Festzelt (40) 25 „ Balkon (20) 12 „
II. Park.-Festzelt (30) 22 „ Sperrplatz (15) 7 „
Originalkarten 8 Tage im voraus 10-12 Uhr und ab 6 1/2 Uhr abends

Komödienhaus
Am Freitag, 9. Dezember:
Zum 75. Male:
Die Fahrt ins Blaue
Dustspiel in 3 Akten
von Caillouet, de Fiers und Rey.
Inszeniert von:
Erika Glaessner - Frieda Richard
Oiga Engl - Ernst Prückl - Heinz Sileda - Karl Eckhol - Helene Brahm - Jenny Marba - Charlotte Andler - Lina Sallen - Ernst Behmer
Adolf Kurth - Paul Pruegel - Willy Appel - Elisabeth Bots - Robert Klupp - Conrad Callejn.



Cobu
Ein guter Fang ist
Joseph Sie 'Cobu', Colos-Wangen-Tutter-MARGARINE
Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: **König Lear**
Neues Volkstheater
Königsplatz 40
7 1/2 Uhr: **Die Wildente**
Volkstheater
Königsplatz 40
7 1/2 Uhr: **Die Wildente**
Volkstheater
Königsplatz 40

Theater am Hollendorfpark
7 Uhr:
Die Ehe im Kreise
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr:
Kümmere dich um Amelie
Lage: Burg, Olga Lindberg
Reflexion-Theater
7 1/2 Uhr:
Das weite Land
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Jacqueline**
(Die Vögel singt)
Carola Tourne, Rosalind
7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**
Der Weg zum Glück
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Martina Hübner

Auf Teilzahlung
Anzüge
Schäpfer, Nagels,
Wahrheit, mod. Sach,
Rein, hoch, Regenmantel.
Leiter Gottlieb
Hollendorfpark 22a
II. Etage (Hollendorfpark)

Achtung!
Der Andrang zu unseren Kassen ist so gewaltig, dass täglich Hunderte, die den in der ganzen Welt berühmten Universal-Kassensystemer Schein zu nach-schärferer Abwesenheit aus Europa sehen wollen, keinen Kontakt mehr finden können. Wir bitten unsere Besucher, sich im eigenen Interesse im Vorverkauf von 11-2 Uhr mit Karten zu versehen.
Ufa-Palast am Zoo

Komödienhaus:
Die Fahrt ins Blaue
Schäpfer, Richard, Engl,
Hofst, Sieba, Deuburg

Theater am Hollendorfpark
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreise
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr:
Kümmere dich um Amelie
Lage: Burg, Olga Lindberg
Reflexion-Theater
7 1/2 Uhr:
Das weite Land
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Jacqueline**
(Die Vögel singt)
Carola Tourne, Rosalind
7 1/2 Uhr: **Casino-Theater**
Der Weg zum Glück
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Martina Hübner

Uranus-Blut
zur Ausheilung krankhafter Stoffe aus Blut u. Säften u. einem starken Reinigungsmittel, in Blutreinigungsgangentherapie
100 Jahre in Berlin
Ordnung: 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Trauringe
Stets vorrätig am Lager
Trauringefabrik Minoga
Berlin O, Grüner Weg 69
Filiale: Dresdener Str. 31

Prinzessin Olala
Fritz Maffay u. G.
Walther-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Tanzgräfin
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr
Jung muß man sein

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Kar Karndtke

Platin
sowie alle Gebisse
zum Engros-Preis.
Fritschstr. 41 v. 1.
Telef. Wilh. 448.



Henko
Henkel's Wasch-Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausnutzung
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf
Preis das Paket Mk. 2,50

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der ungetrennter einmal erscheinenden
Illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
zum Preise von Mk. 18.— monatlich, Mk. 9.— halbmonatlich
bei freier Zustellung ins Haus

CIRCUS BUSCH
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr
25.
Jubiläum-Aufführung
Die Schlange der Durga
mit Paula Busch
persönlich. Bühnen:
Kino Deutsches-Sensat.
Circus-Kasino

Altmetalle
für jede Metallgattung, höchste Ankaufspreise für Gold, Silber, Platin, Brillanten, Edelsteine, Schmuckgegenstände, Tapeten, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III.**
Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Heller Wollschl. **ANDER ANN**
C. Schöner **Wolff**
4. Hölzer, / Feinbr. 306

Per sofort gesucht:
Erste Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin
Todes-Anzeige
Der Adressen zur Nachsicht, doch außer Mitglied, der Mechaniker
Felix Reusing
Berlin, Schatzstr. 41, am 1. Dezember gestorben.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium, Herdrupstr. 16, statt.
Eher seinem Andenken:
Herge Bestattung erachtet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin
Branchen-Verammlung der Hilfsarbeiter
Tagesordnung:
1. Unsere Lohnverhältnisse in der Metallindustrie u. die gegenwärtige Lage.
2. Diskussion.
3. Branchenanliegenheiten und Verschleiss.

Putz-Zuarbeiterinnen
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Westmanns
Traner-Magazin
Große Auswahl billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Dr. Fehrl, Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlung ist. Amt Zentrum 7880
Sonntags geschlossen.

Per sofort gesucht:
Erste Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Gänsefedern
Die Gänsefedern sind die besten für die Federherstellung.
Botenfrauen sofort gesucht
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
bei hohen Löhnen

Per sofort gesucht:
Erste Verkäuferinnen
für unseren
Putz-Salon
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Ffiliale Berlin, Sebastianstr. 57-58
Achtung! Herrenmaßschneider Achtung!
Am Freitag, den 9. Dezember 1921, abends 6 1/2 Uhr findet, für die Mitglieder der Herrenmaßschneider eine
Bersammlung
im „Dresdener Hof“, Waisenstr. 13, statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen
2. Diskussion 3. Branchenanliegenheiten
Wir erlauben, vollständig zu erscheinen.
Star Mitglieder obiger Branche, welche mit den Beiträgen nicht über 10 Wochen rückständig sind, haben Zutritt.
Die Branchenkommision.

